



TTIP: Gefahr für Demokratie und Sozialstaat

„Die Deutschen sind reich und hysterisch...“

... meint der Vorsitzende der SPD, Herr Gabriel. Für überraschende Äußerungen solcher Art ist er ja immer wieder gut. Aber das hier geht jetzt ans Eingemachte: Mit seiner hämischen Äußerung machte er sich über die zunehmende Kritik in Deutschland am geplanten TTIP-Abkommen zwischen der EU und den USA lustig. Dabei ist dieses Vertragswerk – wenn es nicht

Ziel ist die Privatisierung jedweder Daseinsvorsorge in öffentlicher Regie. Die EU-Kommission haben sie dabei auf ihrer Seite: In dem - inzwischen nach Protesten veröffentlichten - Verhandlungsmandat der Kommission für ihre EU-Unterhändler heißt es unmissverständlich: Das Verhandlungsziel ist, Dienstleistungen „auf dem höchsten Liberalisierungsniveau zu binden“. Wasserversorgung, Energiewirtschaft, Bildungseinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen überhaupt: Alles, was zur Daseinsvorsorge gehört und noch in Händen des Staates oder der Kommunen ist, gerät damit unter Privatisierungsdruck. Schöne

lebenswichtigen Bereichen. Das alles kommt dann wieder auf den Tisch und wird mit Hinweis auf TTIP zum Abschluss, sprich zur Privatisierung freigegeben. Und das ist nur einer von zahlreichen Aspekten des geplanten Abkommens.

In Europa hat sich ein breites Bündnis gegen TTIP, das EU-Kanada-Abkommen CETA und andere ähnliche geplante Verträge gebildet. Inzwischen wurden der EU Kommission bereits mehr als 1,6 Mio. Unterschriften gegen TTIP vorgelegt. Attac und viele andere Organisationen machen im Bündnis Front gegen die geplanten Verträge. Und grade weil Herr Gabriel sich darüber

BVV:
CDU u. SPD verweigern Diskussion über die Folgen von TTIP & CO im Bezirk
(s. Seite 4)

mehr verhindert wird – alles andere als eine humorvolle Angelegenheit. Das geplante „Transatlantische Freihandels- und Investitionsschutzabkommen“, TTIP, kann man nämlich mit Fug und Recht als Angriff auf unsere Demokratie, unsere Verbraucherschutzrechte, unseren Sozialstaat, unsere Umweltschutzregeln und auf vieles mehr ansehen.

D.h. ansehen kann man das gar nicht: Die Verhandlungen sind strikt geheim. Nur bestimmte Abgeordneten des EU-Parlaments dürfen in einem scharf kontrollierten abgeschlossenen Raum die Protokolle der Gremiensitzungen einsehen. Kopien oder Notizen sind verboten. Das ist Transparenz und Demokratie im Sinne der EU-Kommission!!! Und schon das muss misstrauisch machen.

Nehmen wir nur einen Aspekt von vielen heraus: Das Thema Privatisierung.

Den großen Konzernen, Hedge-Fonds usw. diesseits und jenseits des Atlantiks sind alle Dienstleistungen in öffentlicher Hand ein Dorn im Auge. Sie hindern am Profit-Machen. Ihr



Frühes Freihandelsabkommen

Aussichten!! Dabei haben wir in Berlin und unserem Stadtbezirk doch ausgiebig „genießen“ können, wohin solche Privatisierungen führen: Drastisch erhöhte (Wasser-) Gebühren, verschlechterte Leistungen in

lustig macht und seine Partei für TTIP einzunehmen versucht, ist es umso wichtiger, sich entschieden zu wehren.

Heinz Balzer

Editorial:

Liebe Leserin, lieber Leser,

Es gibt sie - DIE LINKE. Charlottenburg-Wilmersdorf. Wenn Sie (noch!) zu wenig von ihr gehört haben, liegt das durchaus auch an uns. Mit diesem Blatt und unserer Sicht auf einige Dinge in unserem Bezirk wollen wir uns stärker bemerkbar machen.

Wir werden uns melden, wenn Themen anstehen, die nicht nur wichtig sind, sondern abseits und/oder anders als vom Mainstream beurteilt werden müssen. Natürlich steht die Politik und das Leben in unserem Bezirk im Vordergrund. Deswegen wird es immer wieder Nachrichten von unserer Bezirksverordneten Marlene Cieschinger aus der BVV geben. Und Katrin Lomp-scher, stadtpolitische Sprecherin der LINKSfraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, wird sich aus ihrem Bürgerbüro in der Behaimstraße 17 zu Wort melden.

Schicken Sie uns Hinweise oder ein Bild aus Ihrem Umfeld, wenn es um Merkwürdigkeiten und Ärgernisse geht, oder wenn es Denkwürdiges, Lobenswertes oder Lustiges gibt. Auf diesen Seiten kann Platz dafür sein. Selbstverständlich brauchen wir auch Ihre kritischen Anmerkungen.

*Herzlich,
Ihre Redaktion*

Weitere Infos und Gelegenheit zur elektronischen Unterschrift über die Web-Site der Europäischen Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA:

<http://stop-ttip.org/de/>

Bis zu 27 Mio. Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, davon ca. 14 Mio. Zivilisten, sind im zweiten Weltkrieg ums Leben gekommen. In einem Eroberungs- und Vernichtungskrieg, den Nazi-Deutschland 1941 mit seinem Unternehmen „Barbarossa“ begann und der unendliches Leid über dieses Land brachte.

Es ist dies die höchste Opferzahl aller am Krieg beteiligten Länder. Viele Menschen fielen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung zum Opfer. So forderte allein die Blockade Leningrads von 1941 bis 1943 ca. 1,1 Mio. Opfer. Etwa 700 000 Juden wurden auf dem Gebiet der Sowjetunion ermordet.



CC Adam Carr, Wikipedia

Endstation Befreiung

Befreiung vor 70 Jahren
Gedanken eines 70-jährigen

Am 8. Mai 1945 wurden wir befreit - sagen wir bei DIE LINKE. Das sagten damals und heute nicht alle. Sagten auch meine Eltern nicht. Aber ich - 3 Monate alt - wusste nichts. Endlich befreit, das empfanden alle, die aus den Konzentrationslagern und Zuchthäusern kamen. Viele atmeten zumindest befreit auf, weil ein furchtbarer Krieg endete. Viele nannten es daher das Kriegsende oder die Kapitulation. Recht offiziell wurde zumindest das Wort 'Befreiung' bei uns in der Bundesrepublik für diesen Tag ein Tabu. Erst Bundespräsident Richard v. Weizsäcker löste dies auf mit seiner historischen Rede vor dem Deutschen Bundestag am 8. Mai 1985, indem er diesen Tag als „Tag der Befreiung vom menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft“ bezeichnete.

Schon lange davor wurde in der Studentenbewegung über Schuld und Scham Aufarbeitung und Aufstand diskutiert. Damals erst hörte mein Nicht-Wissen langsam auf. Man kann das Tabu auch erklären, weil die Scham übergroß war, dass wir uns von dieser Diktatur nicht selbst befreien konnten, sondern sie in der Mehrheit gut heißen - solange der Kriegsverlauf günstig war. Ja uns auch danach verweigerten, Zusammenhänge zu erkennen. Wie etwa fehlende Demokratie, imperialistischer Wettkampf im politisch-wirtschaftli-

chen Krieg um Macht und Einfluss, Territorien und Rohstoffe dann auch zum heißen Krieg umschlägt, wenn er nur genügend durch Lügen, Nationalismus, Rassismus und dergleichen geschürt wird.

Aber Schämen und Schweigen hilft nicht. Die Scham frisst sich ein und man kann sich und die Folgegenerationen nicht davon befreien. Das dies-jährige 70-Jahresjubiläum könnte also die Befreiung von Diktatur und von Scham bedeuten, wenn wir das Tabu fallen lassen und uns fragen, was so nie wieder passieren darf. Brennende Flüchtlingsunterkünfte stellen leider diese Frage sehr konkret.

Ein weiterer Aspekt des Jubiläums könnte Verwunderung sein: damals hieß es nämlich vollständig: "Nie wieder Faschismus - nie wieder Krieg" und für Europa wurde dies für fast 50 Jahre Wirklichkeit. Aber dann folgte der Krieg in Jugoslawien, der Krieg in der Ukraine, ganz zu schweigen vom Krieg in aller Welt, bei dem die Bundeswehr mit tausenden Soldaten beteiligt ist und die Bundesrepublik zum drittgrößten Waffenlieferanten avancierten. Was ist da passiert?

Diese Frage, das Erschrecken darüber sollten Thema des Jubiläums sein. Erschrecken ist gut, Verstehen, was da passiert, ist besser. Wir bieten zwei Veranstaltungen zum Jubiläum an (s. Kasten).

Wir müssen darüber reden !

Eckhard Dietz

Einladung zum Vortrag von **Otfried Nassauer:**
„Gefährliche Entwicklungen – wohin treibt Europa?“

am Donnerstag, den 7. Mai 2015 um 19.00 Uhr in der WILMA –

Wilmersdorfer Straße 163, 10585 Berlin - Ökumenisches Zentrum für Frieden, Umwelt und Dritte Welt.

Otfried Nassauer ist langjähriger Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS), freier Journalist und Experte für Abrüstungs- und Sicherheitspolitik.

Seit dem Ende der Blockkonfrontation häufen sich weltweit Krisen, Konflikte und Kriege. Brandgefährlich ist in Europa die Eskalation der Konflikte zwischen der EU, der NATO, den USA und Russland.

Statt Säbelrasseln brauchen wir einen runden Tisch der Völker und eine gesamt-europäische Friedens- und Sicherheitsstruktur, die Russland einschließt und nicht ausgrenzt. Wie das geschehen kann, dazu referiert der erfahrene Analyst Otfried Nassauer.

Einladung zum Vortrag von

Manfred Schünemann:
„Die Ukraine-Krise – Ursachen, Hintergründe und Folgen“

am Mittwoch, den 13. Mai 2015 um 19.00 Uhr in den Räumen der Partei DIE LINKE –
Behaimstraße 17, 10585 Berlin

Manfred Schünemann, Historiker, ist ausgewiesener Kenner der Verhältnisse im postsowjetischen Raum. Er war lange Jahre im diplomatischen Dienst der DDR tätig, darunter in Kiew und Moskau und ist immer wieder gefragt zu aktuellen Entwicklungen.

Katrin Lompscher (MdB) und ihr Stadtbüro stellen sich vor:

Seit nunmehr einem Jahr gibt es mein Stadtbüro, sozusagen zur Untermiete bei der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf. Die Parlamentsreform im letzten Jahr führte dazu, dass die Abgeordneten im Berliner Landesparlament MitarbeiterInnen und Büros in den Bezirken haben. So kam ich als Sprecherin für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung der Berliner Linksfraktion hierher. Eigentlich in Lichtenberg politisch „zu Hause“, freue ich mich, dass ich die LINKE im Westteil unterstützen kann. Meine Mitarbeiterin Katalin Gennburg ist

inzwischen an mindestens zwei Tagen pro Woche in der Behaimstraße 17 anzutreffen. Mit den monatlichen Kieztagen lernen wir den Bezirk und die hier Lebenden immer besser kennen, und sie uns. Besuche bei sozialen Trägern und Einrichtungen, bei bezirkspolitischen Institutionen und Kiezinitiativen sorgen für lokale Verankerung. Meine Erfahrungen aus der politischen Arbeit für Berlin und Lichtenberg kann ich auch für Charlottenburg-Wilmersdorf nutzen. Was soll ein Abgeordnetenbüro im Kiez, was kann ich als Landesparlamentarierin - als „Zugezogene“ - leisten?

nat und Bezirk die weitere Finanzierung vorenthalten werden soll. Nicht zuletzt sind umstrittene Planungs- und Bauvorhaben im Bezirk wie am Henriettenplatz und an der Cornelsenwegwiese so an mich herangetragen worden..

Auch zukünftig soll die Vernetzung und Stärkung lokaler Initiativen, die sich mit stadtentwicklungspolitischen Fragen und in mietenpolitischen Auseinandersetzungen befinden, ein Schwerpunkt der Arbeit im Stadtbüro sein. Die im Anschluss an die Kieztage stattfindenden STADTgespräche sind ein Ort für Diskussionen über das, was den Menschen im Bezirk und in der Stadt unter den Nägeln brennt.

Daneben findet hier auch die „ganz normale“ Tätigkeit einer Abgeordneten im Rahmen der Ausschussaktivitäten und der Plenumsarbeit statt. Ideen sind also gefragt und die sollen gerne ihren Weg finden, bspw. in die Sprechstunde, die ebenfalls einmal im Monat am Kieztage stattfindet. Anfragen und Hinweise können gerne an stadtbuero@katrin-lompscher.de gesendet werden und ein Blick auf die Website katrin-lompscher.de/stadtbuero dokumentiert die Aktivitäten im Bezirk.



Viele Menschen die Probleme mit ihrer Wohnsituation haben, wenden sich an mich als Fachpolitikerin für Wohnungs- und Städtebaupolitik. Nicht immer, aber häufig kann ich ihnen helfen. Auch bezirkliche Institutionen haben inzwischen den Kontakt und Unterstützung gesucht und erfahren, z.B. das Nachbarschaftshaus am Lietzensee, dem von Se-

Großartiger Auftakt beim Mietenvolksentscheid!

Zum Start des Berliner Mietenvolksentscheids sind mehr als 3000 Unterschriften gesammelt worden. Dies ist ein großartiger Auftakt für uns und eine gute Nachricht für die Mieterinnen und Mieter Berlins. Mitsammeln, miteinander sprechen. Bis Ende Mai brauchen wir 20 000 gültige Unterschriften, damit das Volksbegehren eingeleitet werden kann.

Gerade Charlottenburg-Wilmersdorf als Innenstadtbezirk hat nicht genug Alternativen im Neubau. Die Wohnbevölkerung darf nicht länger einem spekulativen Markt für das Grundbedürfnis Wohnen ausgesetzt werden.



GESETZ ÜBER DIE NEUAUSRICHTUNG DER SOZIALEN WOHNRAUMVERSORGUNG IN BERLIN
Trägerin: Mietenvolksentscheid e.V. (i.G.) c/o Stadtbüro Friedrichshain, Warschauer Str. 23, 10243 Berlin, Telefon: 0176 58 83 4716

UNTERSCHRIFTENLISTE ZUM ANTRAG AUF EINLEITUNG EINES VOLKSBEGEHRENS

ZIEL DES GESETZES: Erhalt und Schaffung von preiswertem Wohnraum

WESSENTLICHE INHALTE DES GESETZES:

- 1) Errichtung eines Wohnraumsanwerdefonds
- 2) Förderung von Neubau mit erhaltensberechtigtem Mietes
- 3) Modernisierungsförderung für Barrierefreiheit und Energieeffizienz ohne drastische Mietenerhöhung
- 4) Neuausrichtung der landeseigenen Wohnraumverwaltungen als Anstalten des öffentlichen Rechts
- 5) Gemeinwohlorientierte, ohne Gewinnausschüttung
- 6) Mietbestimmung der Mieter*innen
- 7) Langfristige gesicherte Wohnraumversorgung
- 8) Ankauf von Sozialwohnungsbeständen

KOSTENSCHÜTZUNG DER TRÄGERIN MIETENVOLKSENTSCHEID:

Die Trägerin Mietenvolksentscheid schützt die Kosten für die Umsetzung der Maßnahmen im Gesetzesentwurf für die Jahre 2017 bis 2022 auf insgesamt 1,266 Mrd. Euro. Davon sind einmalig 6 Mio. Euro für die Umwandlung der landeseigenen Wohnraumverwaltungen (8 100 Wohnungen). Für diese Wohnraumverwaltungen sind darüber hinaus als Eigenkapitalrücklage jährlich Kosten von 100 Mio. Euro für Ankauf und Neubau (8 10) vorgesehen. Weiterhin sind jährlich 90 Mio. Euro für die Senkung der Kosten der Sozialwohnungen (8 20) sowie weitere 60 Mio. Euro für den Ankauf von Sozialwohnungen (8 37) vorgesehen.

ANFORDERUNG AN UNTERSCHREIBER:

Für die Einsetzung der aus dem Gesetzesentwurf geplanten Maßnahmen werden die Kosten für das Land Berlin für die Jahre 2017 bis 2022 mit insgesamt 5,3 Mrd. Euro eingeschätzt. Davon werden für das Jahr 2017 Kosten von 791,3 Mio. Euro prognostiziert.

WICHTIGE HINWEISE: Unterschriftenberechtigt sind nur Personen, die am Tage der Unterschrift zum Abgabeterminbause von Berlin wohnhaft sind, d.h. alle Deutschen, die mindestens 18 Jahre alt, mindestens seit dem Ausreise vor diesem Tag in Berlin mit eigener Wohnung oder mit langfristiger Wohnraumversorgung versichert sind und sich von Wahlrecht ausgeschlossen sind.

STÄNDERFÜR, UNERREICHBARE ODER BEIHALTUNGSFÄHIGE: Ständerföhr, unerreicbbar oder beibaltungsfcähig, die die verantwortliche Person nicht zweifelsfrei erkennen lassen, machen die Unterschrift ungültig. Das gleiche gilt bei Eintragung, die einen Zusatz oder Vorbehalt enthalten. Diese Unterschriften sind die Eintragung der Person zur Prüfung der Unterschriftenberechtigung durch das Bezirksamt vorzulegen.

UNTERSCHRIFTENLISTE: ICH UNTERSTÜTZE DAS VOLKSBEGEHREN. Bitte vollständig und in Druckschrift ausfüllen!

NR.	FAMILIENNAME, VORNAME(r)	GEBURTSTAG	ANSCHRIFT	DATUM DER UNTERSCHRIFT	UNTERSCHRIFT	gültig	ungültig
1							
2							
3							
4							
5							

Anteilige Beschäftigung: Bezirksamt... von Berlin - Bezirkswohnamt...
Der Unterschriften/der Unterschriften ist... ist nicht unterschriftenberechtigt, weil...
Antragsteller: ...
Antrag: ...



Alles unter WWW.MIETENVOLKSENTSCHEIDBERLIN.DE

BVV bei TTIP:

Augen zu und durch

Bezirkspolitiker sind eigentlich diejenigen, die auf anstehende Probleme und Entwicklungen, die von außen herein drängen, achten müssten. Demokratisch gesehen, sind sie also diejenigen, die nach oben hin, zu ihren Parteien, die die zwingenden Gesetze des Landes und Bundes verantworten, Anregungen, Anliegen, Forderungen der Kommunen an ihre Parteien weitergeben.

Leider ist dem nicht so. Umgekehrt, hier sieht man, wie die großen Parteien mit Hilfe ihrer Bezirkspolitiker von oben durchregieren:

Wir werden leider immer wieder darauf hinweisen müssen. Wir können auch Bezirkspolitiker nicht aus ihrer Verantwortung den Wählerinnen und Wählern gegenüber entlassen.

Dieser Antrag der Piraten/DIE LINKE wurde ohne Diskussion abgelehnt:

Die Bezirksverordnetenversammlung Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin lehnt die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA ab. Es handelt sich bei diesen Abkommen um bi- und plurilaterale Handelsverträge, die die Gestaltungsmöglichkeiten von Städten, Gemeinden und Bezirken nachhaltig einschränken und in erster Linie den Interessen von multinationalen Konzernen dienen. Diese Verträge stellen einen massiven Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung dar.

*Das Bezirksamt wird ersucht, diese ablehnende Haltung in geeigneter Weise gegenüber der Landes- und Bundesregierung sowie dem Europäischen Parlament deutlich zu machen und sich in den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass diese sich ebenfalls gegen den Abschluss und die Unterzeichnung der Handelsverträge positionieren.
Der BVV ist bis zum 30.05.2015 zu berichten.*

DIE LINKE.Charlottenburg-Wilmersdorf lädt ein:

- Feiern wir den Mai herbei -
Ausstellung, Musik, Diskussion, Kabarett, Essen und Trinken
am Mai-Vorabend 30. April 16:00 – 21:00 Uhr

16:00 Begrüßung und Ausstellungseröffnung
16:30 ran ans Buffet !
17:00 Peter Robin spielt, singt und wir mit ihm
18:00 Diskussionrunde des Stadtbüros
20:00 Gerald Wolf, Kabarett auf Wolke 7

in der Behaimstr. 17, 10585 Berlin, U-Bhf Richard-Wagner-Pl.

Termine

05.05.2015 | 18 Uhr
Kommunalpolitischer Arbeitskreis (KOMPASS)

07.05.2015 | 19 Uhr
Ökumenisches Zentrum für Frieden, Umwelt und Dritte Welt
– Wilmersdorfer Straße 163, 10585 Berlin -(U 7, Richard-Wagner-Pl.)

Vortrag von Otfried Nassauer:
„Gefährliche Entwicklungen – wohin treibt Europa?“

Otfried Nassauer ist langjähriger Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit (BITS), freier Journalist und Experte für Abrüstungs- und Sicherheitspolitik.

13.05.2015 | 19 Uhr

Information und Diskussion:

„Die Ukraine-Krise – Ursachen, Hintergründe und Folgen“

Referent:

Manfred Schünemann, Historiker, ausgewiesener Kenner der Verhältnisse im postsowjetischen Raum.

Hartz IV:

Betroffene helfen Betroffenen
Donnerstags ab 10 Uhr bis 12 Uhr und an jedem 1. und 3. Dienstag des Monats ab 17 bis 19 Uhr

Wenn nicht anders angegeben, finden alle Veranstaltungen in der Geschäftsstelle der LINKEN Charlottenburg-Wilmersdorf, Behaimstraße 17, statt.

Impressum:

Herausgeber: Bezirksvorstand **DIE LINKE.Charlottenburg-Wilmersdorf**

Behaimstr. 17 10585 Berlin

V.i.S.d.P.:Eckhard Dietz

E-Mail: vorstand@dielinke-charlottenburg-wilmersdorf.de

Redaktionsschluss: 25.04.2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.